

Südostische Volkszeitung

Sechstagsblatt täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: Abendg. 1 Mark. 4 Pf. 50 Pf. (ohne Beilage), für Zeitungs-
reise 2 K. 55 Pf. Bei a. d. sozialdemokratischen Zeitungspreisliste Nr. 6658.
Einzelpreis 10 Pf. — Redaktionssprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die Sägeplatte bezahlt. Beilagen ob. deren Raum mit 15 Pf.
Beladen mit 50 Pf. die erste Berecht., d. zweite berecht. Rabatt.
Ausgabenpreis: Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden,
Pillnitzer Straße 43. — Zeitungspreis: Nr. 1368.

Ein optimistischer Kolonialdirektor.

Herr Dernburg scheint ein sehr optimistischer Kolonialdirektor zu sein; vielleicht ist er gerade deshalb auf diese Stelle berufen worden. Ein am Teil Optimismus von dem der Kaiser nach seiner Unterredung mit Ganghofer ja auch erfüllt ist, gehört freilich schon her, um den total verfaulenden Kolonialwagnen wieder auf die richtige Bahn zu bringen. Der neue Kolonialdirektor möglicherweise auch in der Hoffnung, daß ihm der Reichstag in diesem Optimismus folgen werde. Wer aber die Befürchtungen aus der Buntrempartei, der freisinnigen und sogar konserватiven Partei kennt, der wird noch gelinde Zweifel hegeln, der wird sich namentlich das sagen, daß bei allen kolonialen Ausgaben die finanzielle Leistungsfähigkeit des Mutterlandes entscheidend ist.

Nun hat der Kolonialdirektor einen neuen Beweis seines Optimismus geliefert, indem er dem Reichstage seine beiden ersten Denkschriften zugehen ließ; die eine behandelt die Einnahmen und Ausgaben der Kolonien, die andere die Kapitalanlagen derselben. Das Schlußresultat beider Denkschriften aber ist: mehr Eisenbahnen. Nun läßt sich gar nicht in Abrede stellen, daß Eisenbahnen für ein Schubgebiet nützlich sind; sie sind ebenso wie für das Mutterland. Wo ein Eisenbahnsteg sich hinzieht, entsteht neues Leben. Aber man kann deshalb doch nicht über Kopf und Hals nun neue Eisenbahnen bauen, namentlich da nicht, wo die wirtschaftliche Notwendigkeit derselben sich gar nicht nachweisen läßt. Die Opfer, die das deutsche Volk für die Kolonien im allgemeinen und für Südwestafrika in den letzten drei Jahren im besonderen hat bringen müssen, lasten schwer auf ihm, und ehe man große neue Opfer verlangt, muß ihre Notwendigkeit doppelt und dreifach überlegt werden. Vor allem jeden wir nicht ein, wann man gerade auf dem Gebiet des Eisenbahnbaues nicht das Privatkapital herangezogen hat oder noch jetzt heranzieht.

Um ein günstiges Bild über die Entwicklung der Schutzegebiete zu erhalten, geht die erste Denkschrift einen höchst eigenartigen Weg. Sie will das steile Anwachsen der Ausgaben der Kolonien ganz ausser Betracht und doch sind diese noch rascher gewachsen, was wir am besten aus den stets höher werdenden Reichsgutschüssen ersehen. Das Schemabild dieser Denkschrift ist also kein zutreffendes. Für das Mutterland ist entscheidend, daß es stets höhere Zuschüsse leisten muß. Nun hatte man sich vor Augen, was die Denkschrift nicht einrechnet in die kolonialen Ausgaben: 1. alle Ausgaben für die Schutztruppen, die mindestens 500 Millionen Mark betragen; 2. alle Ausgaben für die Polizeitruppen, die auch über 80 Millionen Mark ausmachen; 3. alle Verwaltungsausgaben für militärische Zwecke; 4. alle Ausgaben für militärische Expeditionen; 5. die Kassensumme für Ostafrika und Neuguinea. Wenn man freilich alle diese sehr beträchtlichen Ausgaben ausscheidet, kann man leicht in rosa malen. Aber diese Gelder müssen doch auch aufgebracht werden; diese siesert uns nicht die Türkei und nicht England, sondern wir selbst müssen in die Tasche greifen. Der eigene Einnahmeanteil von den so ermittelten Gesamtausgaben ist im Jahr 1896 49 Prozent gewesen, 1904 aber 61 Prozent, in Togo gleiches sich ebenfalls beide aus. Über dieses Bild ist ein falsches und unzutreffendes, weil die Militärausgaben ihm nicht berücksichtigt sind; es beweist nur, daß wir für die Verwaltung der Schutzegebiete zu viel ausgeben. Wenn ein Land nicht einmal seine eigenen Verwaltungskosten aufbringt, so ist der Verwaltungsaufwand zu groß und zu teuer. Nach dieser Abtretung bringt die Denkschrift sehrwertloses Material; wir müssen also diese Ausgaben einschränken und die Verwaltung nicht sofort über ein ganzes großes Gebiet ausdehnen.

Noch mehr Optimismus zeigt sich in der Darstellung der Kapitalanlagen in den Schutzegebieten. Die Denkschrift meint, daß diese Schöpfung zu niedrig als zu hoch sei; wir sind anderer Meinung; seitdem man den Gedanken der Entschuldigung bei Ausländern ventilirt, seitdem können Herren und Schellschädel ihr Vermögen nicht hoch genug einschätzen. Die Denkschrift rechnet tatsächlich ein Gesamtkapital von 1 Milliarde Mark heraus; aber sie rechnet alles mögliche hierbei zusammen. Als Kapitalanlagen des Reichstages sind in Eisenbahnen, Schiffahrt- und Hilfsseinrichtungen eindeutig höchst Häfen, Verladehäfen, Wege, Wasser- und Brunnenanlagen insgesamt 60 782 340 M. ermittelt. Diese Gelder hat allein das Reich selbst aufzubringen müssen. Was die Kapitalanlagen von Korporationen angeht, so beträgt das Gesamtkapital der Missionen 8 024 720 Mark, wovon 4 252 720 Mark auf die evangelischen Missionsgesellschaften und 3 772 000 Mark auf die katholischen Missionsgesellschaften kommen. Die neuen ostafrikanischen Kommunalverbände haben eine Kapitalanlage von insgesamt 1 871 853 Mark. Diese Vermögenswerte der Kommunen wurden zum Teile dadurch berechnet, daß die befannsten, vielfach recht beträchtlichen Einnahmen kapitalisiert wurden, so bei Wurstbällen und Schlachthäusern. Man muß aber bei den leichten dagegen halten, daß diese Einnahmen nur auf einem Steuergefege beruhen, daß ihnen sonstige Werte kaum zu grunde liegen. Von den Hüttensteuer erhalten die Gemeinden jährlich 600 000 Mark, diese Gelder stellen doch kein Kapital dar, sondern sie sind Steuern. Die Kapitalanlagen Privater betragen in Erwerbsgesellschaften 142 718 985 Mark. Dazu kommen noch

die drei Schiffsgeellschaften mit insgesamt 65 077 800 Mark und zwar die Wörmannlinie mit 40 000 000 Mark, die Ostseelinie mit 24 000 000 Mark, der Norddeutsche Lloyd mit 1 077 800 Mark. Diese Kapitalien sind alle als rentabel anzusehen. In Einzelunternehmungen sind 66 521 000 Mark angelegt. Davon sind rentabel 56 032 000 Mark, wendend 7 384 000 Mark und unrentabel 3 105 000 Mark. Von diesen Kapitalien sind im Handel und Gewerbe 38 817 000 Mark und von Ansiedlern 27 704 000 Mark angelegt. Bei diesen Angaben ist Vorsicht geboten; die Gesellschaften haben in der Regel ein sehr hohes Aktienkapital und zahlen nur ganz wenig ein, so haben ferner Südwestafrikanische Gesellschaften insgesamt 60 Millionen Mark Aktienkapital, aber tatsächlich eingezahlt sind nur 14 Millionen Mark! Die Schiffsgeellschaften mit ihren 65 Millionen kommen jedoch nicht allein den deutschen Kolonien zu gute, sondern sie arbeiten in aller Herren Länder. Wörmann läßt die gesamte westafrikanische Küste befahren! Es erscheint uns also diese Bilanz etwas stark geheimnisvoll und frisiert; sie wird auch im Reichstage noch räuber beleuchtet werden. Die Gesamtsumme der deutschen Kapitalinteressen in den deutschen Schutzegebieten (mit Ausnahme von Kiautschou) beträgt also rund 370 Millionen Mark. Diese Summe ist ganz gewiß nicht sehr bedeutend zu nennen, namentlich nicht in Abetracht der sehr großen Opfer zum Schutze dieser Interessen. Man muß weiter bedenken, daß ein erheblicher Teil dieses Kapitals gar nie in den Kolonien arbeitet, sondern darüber im fernen Mutterland. Nun aber zu einem außen und idönen Resultat zu gelangen, so nimmt die Denkschrift noch den Kapitalwert aller Exportprodukte zusammen und kommt somit auf 616 Millionen Mark zu stehen, wovon 232 Millionen auf Romenia, 166 Millionen auf Ostafrika und 49 Millionen auf Südwestafrika fallen; man sieht also, daß im leuten Lande derzeit fast nichts zu verdenkt ist. „Viel Steine gab's und wenig Brod.“ So kommt schließlich die Milliarde Gesamtkapital zu stande. Aber es ist uns aufzufallen, wie ein früherer Vorsitzender in den großen Händen verfallen kann, daß er erst das Kapital der Kolonialgesellschaften in Rednung stellt und dann nochmals den Kapitalwert der Produktion, die doch zu einem sehr erheblichen Teil von eben diesen Gesellschaften herverursacht wird. Da erneut nun dasselbe Geld doppelt in Rednung gestellt. Man sieht vielmehr, welche vorsichtig man nadrednen muß und daß man sich vor der fernen Summe von 1 Milliarde Mark nicht blenden lassen darf. Es kommt nur immer darauf an, wie man rechnet.

Erschrecklich aber ist es immerhin, daß ein solcher Vorschlag der Berechnung des Kapitalwertes unternommen worden ist; es war jedenfalls keine kleine Aufgabe, all dieses Material zu jammern. Erschrecklich ist diese Arbeit besonders deshalb, weil man jetzt festen Grund unter den Füßen hat. Wenn auch eine solche erste Berechnung ihre Fehler hat, wir haben schon auf einige hinzuweisen — so darf man doch damit rechnen, daß das neue Zeitalter in der Kolonialverwaltung sich erst selber darüber klar werden wollte, was eigentlich in unserem Schutzegebiet zu holen ist. An einer eingehenden Ausprache über diese Berechnungen wird es im Reichstage nicht fehlen; wir wollen seine Schwächen aufzumachen lassen; wir wollen aber doch den Optimisten entgegentreten, uns ist es nur um die Wahrheit zu tun; der neue Kolonialdirektor aber ideint uns etwas zu feine Optik zu sein.

Erzbischof Dr. von Stabski †.

Mit Weinen wird man in allen katholischen Kreisen Deutschlands dieses edle Kirchenfürsten gedenken, der für das Recht der Kirche so viele Opfer gebracht hat. Wie dauerhaft ihn die hasaristische Presse seit Jahren angegriffen, weil er einzige Rettlichkeiten in Posen ferngeblieben ist; es hieß damals, daß er aus Trost sich auf die Dominsel zurückzog, habe, daß er dem deutschen Kaiser habe zeigen wollen, daß er in Posen erst der zweite sei, daß hier die Kirche auch in rein weltlichen Dingen unumschränkt herrsche. Nun ist er den Anstrengungen seines überhöhtlichen Amtes erlegen. Die vielen Auseinandersetzungen der letzten Zeit haben ihn frühzeitig hinweggerafft; was er dulden mußte, ging über die Leistungsfähigkeit eines einzelnen hinaus. Der erzbischöfliche Stuhl ist mitten in den Wirren erledigt. Die Frage der Wiederbefestigung ist jetzt eine doppelt schwierige; schon vor der Thronbesteigung durch den edlen Verstorbenen gab es nicht geringe Schwierigkeiten. Kardinal Stopp ist eben in Rom, um mit der Kurie über einen annehmbaren Ausweg zu verhandeln. Wenn Breitenbach jetzt auf die Besetzung des polnischen Bischofsthüles durch einen Deutschen drängt, dann kann die Lage erst recht verworren werden. Auch hat die Vergangenheit deutlich genug gezeigt, daß ein von Geburt deutscher Kirchenfürst in den Fragen der Muttersprache sich nicht anders stellen kann als ein anderer. Der edle Verstorbe, der so viel leiden mußte, ruhe in Frieden!

Zur Würdigung des verstorbenen Kirchenfürsten wird der „Südostische Volkszeitung“ geschrieben:

„Erzbischof Stabski brachte zur Erfüllung seiner verantwortungsvollen Aufgabe die lautersten Absichten und reiche Gaben mit; er war nicht nur ein frommer, von der Würde des bischöflichen Amtes erfüllter Priester, sondern auch eine feingebildete, formgewandte und liebenswürdige Persönlichkeit. Über die Schwierigkeiten, welche sich seiner Wirksamkeit entgegenstellten, waren groß. Einige

Jahre hindurch herrschte ja für die polnische Bevölkerung seiner Diözese ein merklidches Wohlwollen in den höheren staatlichen Regionen; das polnische Herrenhausmitglied v. Roscielski war in den Hofkreisen ein gern gegebener Gast, und die polnische Fraktion des Reichstages zeigte sich den Regierungsforderungen gegenüber sehr entgegenkommend. Aber bald idslig der Wind wieder um. Der Hasarismus begann sein Werk. Die Spione der Militär- und Zivilbehörden der Provinz Posen wurden zu weitgehender Hinneigung zum Polentum verdächtigt und mussten das Feld räumen. Was in der Ära des Hasarismus möglich war, darauf bot für die Drausenstehenden die Alte Garde gretle Streitkämpfer geworfen. Die Überzeugung des Nationalitätsgedankens huben und drüber bat dem Erzbischof manche trübe Stunde bereitet; hier törichte und ungerechte Germanisierungsbefreiungen, welche von der großen Masse der Bevölkerung als Bedrückung empfunden wurden, dort nur polnische doministische Abneigung gegen alles Deutsche, wie sie namentlich in der polnischen Kleinstadt nicht selten in gehässiger Weise zutage trat.“

Die „Germania“ widmet dem Verbliebenen u. a. folgenden Nachruf:

„Ein Tod ohne Todestrompe fehlt nach Gottes Vorbehalt dem Leben eines Menschenfürsten ein Ende, der mit ganzer Seele danach trachtete, ein Erzdiens fürst zu sein, der aber infolge einer bedauernswerten Verirrung der Politik des Hasarismus statt seines bischöflichen Oberhauptes dazu gezwungen wurde, für die heiligen Gaben der Religion und der Kirche in der ihm anvertrauten Diözese mit aller Entschiedenheit einzutreten und einen Kampf um die heiligen Gaben der Religion zu führen. Die Bischofsmitra der Erzdiözese Breslau-Posen ist mit Tornen gesäumt. Ein Erzbischof von Tunis hat es erfahren müssen, ein Erzbischof Graf Ledochowski ebenso in den Zeiten des Kulturkampfes. Erzbischof Tunder ist unter der erdrückenden Last dieser Mitra allzufrüh zusammengebrochen, und Erzbischof von Stabski hat die Tornenkrone dies- Bischofsbutes seit Jahren in schwerzlicher Weise empfinden müssen. Ein bischöflicher Bekannter und Tuder ist mit ihm befreundet, dessen letzte Lebensjahre ein wahres Marthrium bildeten. Wenn der ehrenvolle Tod im Kampfe am dem Schlachtfelde als ein heroisches Ende gilt, so kann auch der Tod des nun verehrten Erzbischofs von Stabski als der Tod eines christlichen Heiligen betrachtet werden. Die Barden, die er im Namen für die Rechte der katholischen Kirche in seiner Eigenschaft als Erzbischof von Breslau und Posen seit Jahren empfangen hatte, sind ihm bis ins innere Herz hinein gedrungen. Vor etwas mehr Jahren wurde er schwer besiegt, und Pittlerseiten, Schändungen, verbale Entäußerungen und Kränkungen haben die Kraft im Laufe der letzten Jahre verschlissen, haben das Herz schon gebrochen, bevor es in einem sanften Tode zu schlafen antritt, als neue Stürme erschüttert und neue Trostungen ihm noch im letzten Augenblick zuteil wurden.“

Die Leide des verstorbenen Erzbischofs v. Stabski, die gegenwärtig im erzbischöflichen Palais aufgekehrt ist, soll Mittwoch nachmittag nach dem Dome übergeführt werden. Die Beisetzung findet am Donnerstag in der neu ausgebauten Krypta der Herz-Jesu-Kapelle des Domes statt.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 12. Sitzung am 26. November 1906.

Der Reichstag hat am Montag die 1. Lesung der Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Gewerbevereine weitergeführt. Die Reden des freimaurigen Abg. Dr. Bachmeier und des Sozialdemokraten Heine boten nichts Interessantes. Von großer Bedeutung aber war die Rede des Abg. Giesebergs (Gentz), der mit Ruhe, Klarsicht und Sachlichkeit die Materie erörterte. Die ganze Rede zeigte, welch wichtige Kraft der Abg. Gieseberg für das Zentrum darstellt.

Am Dienstag wird die Debatte zu Ende geführt. Am Dienstag wird die Debatte zu Ende geführt. Am Dienstag wird die Debatte zu Ende geführt. Abg. Gieseberg (Gentz) polemisierte zuerst gegen den Abg. Pegel; man lasse ihm (Gieseberg) genügend zum Worte kommen; er werde nicht so schlecht behandelt, wie eben auf dem Mainzheimer Parteitag (Hinterleit) das Gesetz über ein Aufnahmegesetz verabschiedet. Die freien Gewerkschaften stehen auf dem Boden der Sozialdemokratie. Ein sozialistischer Gewerkschaften steht das Zentrum gar nicht als ihre Vertreterung an. (Sehr gut!) Wie wünschen alle bürgerlichen Parteien für uns einkommen. Wie wünschen, daß auch in anderen Parteien Arbeitgeber sitzen. (Sehr gut!) Die deutschen Gewerkschaften stehen in kleinen religiösen Zweigen, sonst wäre unsere Antikapitalistin nicht dahin. Wir sind Vereinigung christlicher Arbeitnehmer zu wirtschaftlichen Zwecken. (Abfall!) Eine christliche Weltanschauung ließe wir in den Vordergrund, umsonst, als sozialdemokratische Gewerkschaften antikapitalistisch sind. (Abfall!) Die bürgerlichen Parteien haben den sehr schweren Fehler gemacht, daß sie keine Arbeitgebervertreter in ihren Reihen haben. (Sehr richtig!) Im Geist des Zentrum. Das wird sich noch schwer machen. (Abfall!) Das Sozialrechte der Arbeiter muß garantiert werden. (Abfall!) Da hören wir nur Vorwürfe, man spricht vom Streit der Arbeiter. Das Sozialrechte der Arbeiter liegt mir nicht die Streitfrage. Wo ist in Brüchen gleiches Recht für alle? Die Arbeitnehmer können sich nicht organisieren, die Unternehmer aber wohl. Ein wichtiges Arbeitnehmerrecht ergibt man nicht unter unfreien Zuständen. In Süddeutschland hat man es nicht. Breitenbach kommt so in den Ruf, der realistischste Staat der Welt zu sein. (Sehr richtig!) Da muß man sich sehr bald schämen, ein Preuß zu sein. (Hinterleit) Warum spricht man nichts von unserer freien Lust der Rheinländer in diesem Entwurf. (Sehr gut!) Die Kooperationsfreiheit hätte man anders erhalten müssen, da erfolgen Mittel in Anwendung des § 183 der Gewerbeordnung, die man nicht für möglich hält. U. a. hat in den letzten Tagen ein ganz unfahrbare. II. teil der Strafammer in Nachsen im Falle des christlichen Gewerkschaftsführers Edlinger